

Positionspapier

Initiator*innen: Geschäftsleitung JUSO Schweiz (beschlossen am: 27.03.2021)

Titel: **Solidarisch und sozialistisch: für eine Landwirtschaft der Zukunft!**

Antragstext

1 Die Landwirtschaft ist in der Schweiz heute der Bereich, in dem die
2 Arbeitsbedingungen zu den schlechtesten gehören oder anders gesagt: Die
3 landwirtschaftliche Branche ist eine der härtesten, um dort zu arbeiten. Die
4 enorme Arbeitsbelastung, soziale Unsicherheit und die wirtschaftlichen
5 Rahmenbedingungen führen mitunter zu dramatischen Situationen. Landwirt*innen
6 leiden unter Burn-outs, ertrinken in Schulden und die Direktzahlungen reichen
7 oft bei Weitem nicht aus, um einen angemessenen Lebensunterhalt zu sichern.
8 Kleine Bauernhöfe stehen unter enormem finanziellen Druck, sowohl wegen der
9 Schuldenlast als auch wegen der starken Konkurrenz durch Grossbetriebe, riesige
10 Detailhändler und die Liberalisierung der internationalen Märkte. In der
11 Schweiz schliessen jeden Tag vier Bauernhöfe und der Druck auf die
12 Landwirt*innen nimmt zu.

13 Die Landwirtschaft wird stark subventioniert, weil sie eine wesentliche Rolle
14 bei der Versorgung mit Nahrungsmitteln, der Erbringung von Diensten für die
15 Umwelt und der Landschaftspflege spielt. Die vom Bund gewährten Direktzahlungen
16 führen jedoch nicht zum gewünschten Resultat. Anstatt den vom Markt unter
17 Druck gesetzten Bäuer*innen zu helfen, fliessen 50% der Direktzahlungen an die
18 Verarbeitungs- und Vertriebsketten. Das Geld des Bundes wird also nicht
19 verwendet, um den unter Druck stehenden Arbeiter*innen zu helfen, sondern um zu
20 den Gewinnen von Coop, Migros und anderen beizutragen.

21 Die Landwirtschaft ist eine unverzichtbare Branche, die in der Lage sein muss,
22 auf ethisch vertretbare und ökologische Weise genügend Nahrungsmittel für

23 alle zu produzieren.

24 Dieses Positionspapier hat zum Ziel, den momentanen Zustand der Schweizer
25 Landwirtschaft darzustellen und eine sozialistische Alternative vorzuschlagen,
26 die eine nachhaltige und solidarische Vision der Landwirtschaft präsentiert,
27 welche die Menschen in den Mittelpunkt stellt und nicht mehr den Profit einiger
28 weniger.

29 ***Strapazierend lange Arbeitszeiten und schlechte Löhne***

30 Auch heute noch unterliegen die Beschäftigten in der Landwirtschaft nicht dem
31 Arbeitsgesetz (ArG). Die allen bekannten Regeln zu Arbeitszeiten, Freitagen oder
32 Ferien gelten für den landwirtschaftlichen Sektor nicht. Ausserdem gibt es auf
33 eidgenössischer Ebene keinen Gesamtarbeitsvertrag (GAV), und die wenigen GAVs,
34 die es gibt, bieten unzureichende Bedingungen für ein menschenwürdiges Leben.
35 Die Arbeitsbedingungen werden durch Normalarbeitsverträge (NAV) geregelt, bei
36 denen es sich um faktisch unverbindliche Empfehlungen auf kantonaler Ebene
37 handelt. Das macht es sehr schwierig, Lohnabhängige innerhalb der Branche zu
38 organisieren. Die Tatsache, dass es 26 verschiedene Regelungen gibt, ist immer
39 zum Nachteil der Beschäftigten.

40 Während die Arbeitszeit in den Normalarbeitsverträgen mit 53 Stunden pro Woche
41 festgelegt ist, zeigt die Realität auf dem Feld, dass die Beschäftigten in der
42 Landwirtschaft durchschnittlich fast 58 Stunden pro Woche arbeiten. Ohne
43 Überstunden, Samstags- und sogar Sonntagsarbeit und Arbeitstagen mit kaum
44 bezahlten Pausen, ist das nicht zu schaffen. Zusätzlich zu den anstrengenden
45 Arbeitszeiten liegt der durchschnittliche Mindestlohn bei 14 Franken pro Stunde,
46 was für ein menschenwürdiges Leben nicht ausreicht. Die Beschäftigten
47 verdienen nach Abzug der Kosten für Unterkunft und Verpflegung (die sich kaum
48 vermeiden lassen, wenn man fast 60 Stunden pro Woche an seinem Arbeitsplatz
49 verbringt) zwischen 2'000 und 2'500 Franken im Monat. Die Reallöhne sind in
50 den letzten Jahren sogar gesunken, da der Anstieg der Lebenshaltungskosten bei
51 der Berechnung der Lohnerhöhungen nicht berücksichtigt wird.

52 ***Grosser Druck durch den liberalisierten Markt***

53 Die Situation der Kleinbäuer*innen ist nicht besser. Jeden Tag schliessen in
54 unserem Land etwa vier Bauernhöfe, was die tiefe Krise des Sektors
55 symbolisiert. Der Hauptgrund dafür ist der starke wirtschaftliche Druck durch
56 den Markt, durch die Freihandelspolitik und durch den starken Wettbewerb
57 zwischen grossen und kleinen Betrieben. Die Landwirt*innen stehen unter
58 zunehmendem Stress, was sich auch in den Gesundheitsstatistiken widerspiegelt.

59 12% der Landwirt*innen geben an, an Burn-out zu leiden: doppelt so viele wie
60 beim Rest der Schweizer Bevölkerung. Darüber hinaus erlebt der Berufsstand
61 eine traurige Welle von Suiziden. Die Zahl der Bäuer*innen, die Suizid
62 begingen, hat sich zwischen 2009 und 2015 verdoppelt. Laut einer Studie über
63 die Schweizer Landwirtschaft ist es der Verlust der wirtschaftlichen
64 Wertschätzung, den die Landwirt*innen als Abwertung der grundlegenden Bedeutung
65 dieses Berufes zu erleben scheinen[1]. Diese soziale Notlage muss ernstgenommen
66 werden, zumal die derzeitige Politik der Direktzahlungen nicht ausreicht.

67 Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Sektors werden durch den Rückgang der
68 Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft deutlich. Während im Jahr 2000
69 noch 115'000 Menschen in der Schweizer Landwirtschaft arbeiteten, waren es
70 2018 nur noch 85'000[2]. Diese Entwicklung muss nicht zwingend schlecht sein,
71 denn durch den Einsatz von neuen Maschinen können menschliche Ressourcen
72 effizienter eingesetzt werden. Es ist jedoch davon auszugehen, dass der
73 Preisdruck dazu führt, dass pro Person mehr geleistet werden muss.

74 ***Die noch prekäreren Bedingungen von Migrant*innen und Frauen***

75 Der Anteil ausländischer Arbeiter*innen steigt und damit auch die
76 Schwarzarbeit. Obwohl der Schweizerische Bauernverband die Beschäftigung von
77 Schwarzarbeiter*innen immer bestritten hat, zeigen Studien, dass 8'000
78 Menschen in diesem Sektor Schwarzarbeit leisten, die überwiegende Mehrheit von
79 ihnen sind Migrant*innen. Diese Arbeiter*innen haben in der Schweiz kaum Rechte,
80 keinen Schutz vor Entlassung oder Nichtzahlung des Lohns etc.

81 Auch Frauen sind von der Misere der Landwirtschaft stark betroffen. Sie nehmen
82 oft einen zentralen Platz in den Familienbetrieben ein, übernehmen den
83 Grossteil der Betreuungsarbeit, der Hausarbeit und arbeiten gleichzeitig auf dem
84 Hof mit. All diese unbezahlte Arbeit erlaubt es ihnen nicht, unabhängig zu sein
85 oder für ihr Alter vorzusorgen. Andererseits sind es oft die Frauen, die als
86 erstes nach Arbeit ausserhalb des Hofes suchen, um das für das Überleben des
87 Haushalts notwendige Zusatzeinkommen zu erzielen. Diese verschiedenen Zwänge
88 führen dazu, dass sie in einer starken Abhängigkeit leben und noch stärker
89 von Burn-Outs betroffen sind als die Männer. Dies thematisiert auch der
90 Schweizerische Bäuerinnen- und Landfrauenverband, welcher sich im Rahmen des
91 Frauenstreiks 2019 mit klaren Forderungen positionierte. Unbezahlte Arbeit sowie
92 die finanzielle Abhängigkeit der Bäuerinnen von den Landwirten muss ein Ende
93 haben.

94 *Die JUSO Schweiz stellt deswegen folgende kurzfristige Forderungen auf:*

- 95 • Alle Arbeiter*innen in der Landwirtschaft müssen dem Arbeitsgesetz
96 unterstellt werden.
- 97 • Ein Mindestlohn von 5'000 Franken für die Landwirtschaft
- 98 • Anständige Arbeitszeiten
- 99 • Legalisierung aller illegalen Arbeiter*innen
- 100 • Löhne und damit soziale Absicherung für Bäuerinnen
- 101 • Allgemeine Erhöhung des Grundbeitrags der AHV zur Verbesserung der
102 Situation bei Bäuerinnen in der Altersvorsorge

103 **Ökonomische Betrachtung der Landwirtschaft in der Schweiz**

104 Obwohl die Landwirtschaft weniger als 1% des BIP der Schweiz ausmacht,
105 beschäftigt sie mehr als 150'000 Menschen in über 40'000
106 landwirtschaftlichen Betrieben. Die Zahl der Beschäftigten nimmt dabei seit
107 vielen Jahrzehnten stetig ab[3]. In Bezug auf die Selbstversorgung[4] ist die
108 Schweizer Landwirtschaft in der Lage, fast 100% der tierischen Lebensmittel und
109 rund 40% der pflanzlichen Lebensmittel zu produzieren, woraus 2018 ein
110 Selbstversorgungsgrad von 58% resultierte[5]. Die regulierte (subventionierte)
111 Produktion auf Schweizer Boden führt zu Exporten von Agrarrohstoffen (um
112 bestimmte Produktionsquoten zu erfüllen, aber auch aus rein kommerziellem
113 Interesse), die für Landwirt*innen im Globalen Süden oft zerstörerische
114 Konsequenzen haben. So entsteht ein Teufelskreis, bei dem die Schweizer
115 Produktion exportiert wird, anstatt im Inland konsumiert zu werden, und bei dem
116 in der Folge ausländische Produkte importiert werden, um die in der Schweiz
117 künstlich erzeugte Knappheit auszugleichen. Langfristig wird dadurch die
118 Spekulation mit Rohstoffen gefördert, deren schädliche Auswirkungen bereits
119 vielfach nachgewiesen worden sind.[6]

120 ***Wachstum der Grossbetriebe auf Kosten von Kleinbäuer*innen***

121 Die Schweizer Landwirtschaft weist verschiedene Entwicklungen auf: Seit mehr als
122 40 Jahren hat sich die landwirtschaftliche Nutzfläche kaum verändert, sodass
123 die Schweiz zu den europäischen Ländern mit der geringsten
124 landwirtschaftlichen Nutzfläche pro Einwohner*in gehört. Gleichzeitig ist die
125 Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe und Arbeitsplätze um etwa 54% gesunken,
126 was einen erheblichen Verlust an Know-how und technischem Wissen zu Folge

127 hat[7]. Industrielle Massentierhaltung und (sehr) grosse Landwirtschaftsbetriebe
128 sind auf dem Vormarsch, sodass sich die durchschnittliche Grösse eines Betriebs
129 seit den 1970er-Jahren verdoppelt hat. Diese Entwicklung wird angetrieben durch
130 finanziellen Druck, Mechanisierung und technologischen Fortschritt, die die
131 körperliche Arbeit, die früher von den Landwirt*innen geleistet wurde, ersetzt
132 haben.

133 Diese Entwicklung kam also den Grossbetrieben zugute, die über das nötige
134 Kapital verfügten, um ihre technische Ausstattung und Produktion zu verbessern.
135 Dies wiederum hatte den perversen Effekt, dass die Verschuldung in der
136 Landwirtschaft drastisch anstieg. Als Anhaltspunkt: Zwischen 2010 und 2016 stieg
137 die Verschuldung pro Hektar um etwa 20% und erreichte 31'316 CHF. Um mit den
138 grossen Landwirtschaftsbetrieben konkurrieren zu können, sind kleine
139 Bauernhöfe gezwungen, in die Modernisierung ihres Betriebs zu investieren,
140 wodurch sich immer mehr Schulden anhäufen und die Überlebensfähigkeit dieser
141 Betriebe immer stärker abnimmt. Das hat verheerende Folgen für die
142 Landwirt*innen, die keinen Sinn mehr in ihrer Arbeit finden, wenn diese nur
143 Schulden und finanzielle Schwierigkeiten mit sich bringt.

144 **Wirtschaftliche Hebel zur Unterstützung der Landwirtschaft**

145 Die Schweiz unterstützt die Landwirtschaft vor allem auf zwei Arten: erstens
146 durch Subventionen und zweitens durch die Zollpolitik.

147 Die finanziellen Beträge lassen sich in drei Hauptkategorien einteilen:
148 Direktzahlungen, Unterstützung für Produktion und Verkauf und soziale
149 Massnahmen. Zusammengerechnet machen diese Beträge etwa 60% des
150 landwirtschaftlichen Einkommens in der Schweiz aus. Diese Beträge kommen jedoch
151 nicht vollständig den Landwirt*innen zugute: Die Hälfte der vom Bund
152 ausbezahlten Subventionen wird von den Verarbeitungs- und Vertriebsketten
153 einkassiert. Anstatt die Landwirtschaft zu unterstützen, mästen wir die
154 Profite der grossen Ketten wie Migros oder Coop, denen viele
155 Verarbeitungsbetriebe gehören und die den Landwirt*innen unhaltbar tiefe Preise
156 aufzwingen, so dass diese noch stärker in die Abhängigkeit der Subventionen
157 getrieben werden.

158 Hier kommt das zweite schützende Element für die Schweizer Landwirtschaft ins
159 Spiel: der Zollschutz. Um die Notwendigkeit des Zollschutzes zu verstehen, muss
160 man sich bewusst sein, dass die Schweizer Landwirtschaft zwar hauptsächlich
161 für den Schweizer Markt produziert, der Selbstversorgungsgrad aber unter 60%
162 liegt. Es ist daher notwendig, die Schweizer Landwirt*innen, die relativ strenge
163 Kriterien erfüllen müssen, wenn sie staatliche Subventionen erhalten wollen,
164 vor den perversen Auswirkungen des freien Marktes zu schützen.

165 Dies führt zu einem offensichtlichen Kostenunterschied: Produkte, die in der
166 Schweiz unter strengen Bedingungen hergestellt werden, werden auf dem Markt
167 teurer sein als solche, die anderswo ohne Kriterien zu viel tieferen Kosten
168 hergestellt werden. Deshalb sind die Importmengen bestimmter Produkte begrenzt
169 und es gibt Bestimmungen darüber, welche Standards erfüllt werden müssen,
170 damit Produkte importiert werden dürfen.

171 ***Druck durch Grossverteiler und Importindustrie***

172 Diese Hebel müssen erhalten und ausgebaut werden, um das Überleben der
173 Schweizer Landwirtschaft zu sichern, solange wir uns noch im gewohnten
174 kapitalistischen Nationalstaatenkonstrukt befinden. Landwirt*innen stehen heute
175 von zwei Seiten unter Druck. Die erste ist die der grossen Vertriebsketten, die
176 in einem oligopolistischen Markt agieren, niedrige Preise festlegen und sich so
177 eine üppige Marge garantieren, wenn die Produkte nach der Verarbeitung
178 weiterverkauft werden. Die zweite ist der Import ausländischer Produkte, die
179 trotz der Zollbestimmungen eine unfaire Konkurrenz zu Schweizer Produkten
180 darstellen. Die Situation ist allgegenwärtig: Subventionen werden abgezweigt,
181 missbräuchlich niedrige Verkaufspreise werden von den Vertriebs- und
182 Verarbeitungsriesen kontrolliert, die sich ihre Margen sichern und gleichzeitig
183 von staatlichen Subventionen profitieren, und Produkte, die auf dem Schweizer
184 Markt keinen Anklang finden, werden in den Export gedrängt und schaden damit
185 ausländischen Märkten. Das alles ist ein Symbol für die Absurdität des
186 Marktes in der Landwirtschaft. Ein weiteres der vielen Beispiele für die
187 Absurdität dieses Systems ist der Wein: Ausländische Weine werden zu Preisen
188 in die Schweiz importiert, mit denen die inländische Produktion unmöglich
189 mithalten kann (fast 40% der importierten Weine kosten weniger als 1,50
190 Schweizer Franken pro Liter). In der Folge verlieren die Schweizer Weine
191 erheblich an Marktanteilen und machen nur noch 35% des Umsatzes aus^[8]. Die
192 Lösung, die den Weinproduzent*innen derzeit vorgeschlagen wird, ist der Export.

193 *Die JUSO Schweiz stellt deswegen folgende kurz- bis mittelfristige Forderungen*
194 *auf:*

- 195 • Fünfjähriges Moratorium für Senkungen der Abnahmepreise zwischen
196 Landwirt*innen und den Grossverteilern / der weiterverarbeitenden
197 Industrie

- 198 • Entwicklung von Plattformen für den direkten Austausch zwischen
199 Produzent*innen und Konsument*innen

- 200 • Erhöhung der direkten Subventionen für kleinräumige regionale

201 Agrarstrukturen

- 202 • Verbot der Spekulation mit Nahrungsmitteln
- 203 • Staatliches Vorkaufsrecht bei Aufgabe von Höfen mit Vorzugsrecht für
- 204 Familien und Angestellte
- 205 • höhere Importzölle bei Produkten, welche durch zu günstige
- 206 ausländische Produktion im Preis nicht konkurrenzfähig sind

207 ***Die Effekte der Landwirtschaft auf Klima und Umwelt***

208 Die Landwirtschaft ist heute verantwortlich für 14.2% der
209 Treibhausgasemissionen der Schweiz. Am stärksten (56%) tragen dazu die
210 Emissionen bei, die aus der Nutztierhaltung entstehen. Dazu kommen die
211 Emissionen von Lachgas aus der Nutzung von landwirtschaftlichen Böden und die
212 Emissionen aus der Hofdüngerlagerung. Die Emissionen haben sich seit 1990 um
213 10% reduziert, hauptsächlich aufgrund von tieferen Rindviehbeständen und
214 effizienteren Produktionsweisen.

215 Die Emissionen aus der Rindviehhaltung lassen sich nur begrenzt reduzieren, ohne
216 die Bestände zu verringern. Deshalb ist es unumgänglich, dass die Viehzucht
217 und damit auch die Produktion tierischer Erzeugnisse reduziert wird. Daneben
218 gibt es technische Massnahmen, um die Emissionen zu verringern, auch in
219 Zusammenhang mit der Fütterung der Tiere. Durch den Aufbau von Humus kann
220 Kohlenstoff gebunden werden und so zusätzliche Emissionen reduziert werden.
221 Eine weitere Massnahme ist das Stoppen der Überdüngung.

222 Diese Massnahmen, die die Emissionen der Landwirtschaft reduzieren können, sind
223 zwingend notwendig und müssen rasch erfolgen, um das Netto-Null-Ziel bis 2030
224 einzuhalten und das Pariser Klimaziel zu erreichen. Diese Massnahmen sind aber
225 mit Aufwand und Kosten verbunden und müssen von der Gesellschaft unterstützt
226 werden. Die Schaffung einer nachhaltigen und klimapositiven Landwirtschaft ist
227 Aufgabe der ganzen Gesellschaft. Nicht zuletzt profitiert davon auch die
228 Landwirtschaft, denn sie ist durch die klimatischen Veränderungen heute schon
229 direkt betroffen. Wasserknappheit und trockene Böden, häufiger auftretende
230 Extremwetterereignisse und die höhere Durchschnittstemperatur stellen die
231 heutige Produktion nämlich grundsätzlich in Frage. Die Hitzesommer der letzten
232 Jahre, insbesondere jener von 2018, haben bereits gezeigt, wie stark die hiesige
233 Landwirtschaft durch die Klimakrise bedroht ist.

234 *Die JUSO Schweiz stellt deswegen folgende kurzfristige Forderungen auf:*

- 235 • Eine extensive Landwirtschaft für den Humusaufbau
- 236 • Optimale Fütterung der Nutztiere und technische Mittel, um Emissionen zu
237 reduzieren
- 238 • Förderung einer Landwirtschaft, die auf die Klimakrise angepasst ist.
- 239 • Keine Steuergelder für die Absatzförderung tierischer Produkte

240 ***Schädlicher Einsatz von Pestiziden und Bedrohung der Biodiversität***

241 Seit Menschen Ackerbau betreiben, setzen sie Massnahmen ein, um die angebauten
242 Pflanzen vor Umwelteinflüssen zu schützen. Nur dank solcher Massnahmen konnte
243 und kann der Ackerbau die Menschheit mit Nahrung versorgen. Doch die Verwendung
244 von synthetischen Pestiziden gefährdet nicht nur die Biodiversität, sondern
245 auch die Gesundheit der Menschen. Ein Verbot von synthetischen Pestiziden ist
246 deshalb eine notwendige Massnahme, die jedoch nicht allein kommen darf. Auf der
247 einen Seite braucht es Unterstützung für die Landwirtschaft und auf der
248 anderen muss der Zugang zu gesunden und bezahlbaren Lebensmitteln für alle
249 sichergestellt sein. Dazu soll eventuell auch der Einsatz von Gentechnologien
250 einen Beitrag leisten können, jedoch nur nach ausgiebiger Forschung und
251 Prüfung und nur in der Hand der Öffentlichkeit. Der Einsatz von GMO darf
252 ausserdem nicht dazu führen, dass Bäuer*innen von Saatgutherstellen durch
253 Lizenzen abhängig gemacht werden.

254 Neben der Klimakrise droht auch eine Biodiversitätskrise: Das unwiderrufliche
255 Aussterben von Millionen von Tierarten in den nächsten Jahrzehnten. Dieser
256 Verlust wird ganze Ökosysteme zerstören und ungeahnte Auswirkungen auf der
257 ganzen Welt mit sich bringen. Nach den vergangenen 5 bekannten Massensterben
258 dauerte es Millionen Jahre, bis sich die Natur erholte. Dieses Artensterben wird
259 verursacht durch die Zerstörung der Lebensräume und das Einbringen von Giften
260 in die Natur. In Monokulturen kann die Artenvielfalt nicht gedeihen, es braucht
261 eine ökologische Landwirtschaft, die den Erhalt der Biodiversität als Ziel
262 hat. Dazu gehören auch Flächen, die nicht bewirtschaftet werden, um der Natur
263 genügend Raum zu geben.

264 Die Landwirtschaft hat bei Weitem nicht nur negative Auswirkungen auf die
265 Umwelt. Im Gegenteil: Die Landwirtschaft sorgt in vielen Gegenden für eine
266 enorme Biodiversität. Alpweiden mit ihrer enormen Artenvielfalt wären ohne die
267 oft harte Arbeit der Alpwirtschaft nicht vorhanden. Doch eine Landwirtschaft,
268 die der Biodiversität Sorge trägt, steht im Widerspruch zur Profitmaximierung
269 durch Monokulturen und Pestizideinsatz. Solange die Landwirtschaft dem Druck

270 durch Wettbewerb unterliegt, bleibt die nachhaltige Produktion eine Nische. Dass
271 genau die grösste Vertretung der Landwirtschaft, der Schweizer Bauernverband
272 (SBV), sich gegen jegliche fortschrittliche Gesetzgebung stellt, ist
273 enttäuschend. Die Agrarlobby, welche vor allem durch Grossbetriebe getrieben
274 ist und der SVP und der Partei «die Mitte» nahesteht, agiert offensichtlich
275 gegen die mittel- und langfristigen Interessen der Mehrheit der Landwirt*innen.

276 *Die JUSO Schweiz stellt deswegen folgende kurzfristige Forderungen auf:*

- 277 • Ein Verbot synthetischer Pestizide und Schutz der inländischen
278 Landwirtschaft durch gleiche Regeln für Importe
- 279 • Aufhebung des Gentechnomatoriums und Forschung ausschliesslich in
280 öffentlicher Hand
- 281 • Förderung der Mischkulturen und Vergütung des damit verbundenen
282 Aufwandes
- 283 • Ausweitung der nicht bewirtschafteten Flächen

284 ***Unsere Vision: Drei-Säulen-System einer solidarischen und sozialistischen***
285 ***Landwirtschaft***

286 Der heutige Zustand ist unbefriedigend. Auf der einen Seite gibt es staatliche
287 Subventionen, Direktzahlungen und andere Privilegien für die Landwirtschaft.
288 Auf der anderen herrscht ein Oligopol^[9] der Detailhändler. Das Ganze kostet
289 viel, verursacht viel Bürokratie und sichert trotz allem keine anständigen
290 Bedingungen für die Landwirtschaft oder demokratische Mitbestimmung. Wir
291 brauchen eine Alternative zum heutigen System.

292 Die Ziele einer zukünftigen Landwirtschaft in der Schweiz sind klar: Wir wollen
293 ökologisch produzierte Nahrungsmittel und andere landwirtschaftliche Produkte.
294 Die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit diesen Produkten muss
295 sichergestellt sein und der Zugang dazu allen offen stehen. Gleichzeitig wollen
296 wir für die Beschäftigten in der Landwirtschaft gute Arbeitsbedingungen und
297 soziale Sicherheit. Diese Bedingungen sind im profitorientierten und
298 marktwirtschaftlich organisierten System von heute nicht zu erreichen. Dafür
299 braucht es eine sozialistische und demokratische Landwirtschaft.

300 Unsere Visionen einer sozialistischen und demokratischen Landwirtschaft steht
301 auf drei Säulen: **Planung, Produktion & Vertrieb.**

302 **Landwirtschaftliche Zentralplanung**

303 Die landwirtschaftliche Produktion soll zentral geplant werden. Dies bedeutet,
304 dass eine zentrale, demokratisch kontrollierte Planungsinstanz basierend auf den
305 Bedürfnissen der vergangenen und Abschätzungen der kommenden Jahre definiert,
306 welche Produkte in der Landwirtschaft erzeugt werden sollen. Die Aufträge aus
307 dieser Planung werden anschliessend gemäss den Möglichkeiten und Bedürfnissen
308 der Landwirt*innen und der landwirtschaftlichen Betrieben verteilt. Wer für
309 einen Auftrag produziert, hat eine Abnahmegarantie. Für die bestellten Produkte
310 werden Preise definiert, welche die kompletten Kosten der Produktion decken,
311 sodass darüber hinaus kaum noch Subventionen notwendig sind. Dabei werden die
312 verschiedenen Hintergrundfaktoren (wie Geographie, klimatische Bedingungen,
313 Produktivität) beachtet, sodass es keinen zerstörerischen Preiskampf gibt.
314 Alternativ werden die Aufträge von staatlich beschäftigten Landwirt*innen
315 erfüllt (siehe Produktion und Beschäftigung).

316 In dieser zentralen Planung werden ausserdem mehrjährige Ziele definiert. Diese
317 betreffen beispielsweise die ökologischen Folgen der Produktion, also wie etwa
318 der Treibhausgasausstoss der Landwirtschaft reduziert werden soll. Auch
319 grundlegende Fragen wie der Selbstversorgungsgrad der Schweiz werden über die
320 zentrale Planung geklärt. Diese Form der Planung ermöglicht mehr demokratische
321 Mitbestimmung und einen deutlich effizienteren Einsatz der verfügbaren
322 Ressourcen und verhindert die heutige verschwenderische Überproduktion und
323 unnötige Konkurrenz.

324 **Produktion und Beschäftigung**

325 Produziert werden die landwirtschaftlichen Erzeugnisse weiterhin von
326 Landwirt*innen. Diese haben zukünftig zwei Möglichkeiten, ihr Einkommen zu
327 erzielen. Neu können sich Landwirt*innen und deren Mitarbeiter*innen nämlich
328 beim Staat anstellen lassen. Zu einem fairen Lohn arbeiten sie dabei auf ihrem
329 Hof an den zugewiesenen Produktionsaufträgen. Ihr Einkommen ist unabhängig vom
330 Ertrag gesichert und sie haben die Möglichkeit, die gesetzlichen
331 Arbeitsbedingungen einzuhalten.

332 Statt beim Staat kann man auch weiterhin genossenschaftlich organisiert oder
333 selbstständig arbeiten (z.B. als Kleinbäuer*in). Auch in dieser
334 Produktionsform erhalten die Betriebe Aufträge vom Staat, die sie produzieren
335 müssen – diese müssen aber nicht die gesamte Produktionskapazität der
336 Betriebe ausfüllen, wenn sich die Genossenschaften / Kleinbäuer*innen dagegen
337 entscheiden. Die Aufträge der zentralen Produktion geben diesen Betrieben
338 Sicherheit, denn sie sind durch die fixen Preise und die Absatzgarantie
339 anständig entgeltet. Die wirtschaftliche Situation der Betriebe ist so

340 gesichert. Gleichzeitig dürfen diese auch eine eigene Produktion definieren und
341 diese über andere Kanäle vertreiben. Klar ist, dass an die nicht-staatlichen
342 Produzent*innen über die Planung hohe soziale und ökologische Ansprüche an
343 Produktionsbedingungen gestellt werden müssen. Landwirtschaftliche Flächen
344 sollen ausserdem Schritt für Schritt in den Besitz der Öffentlichkeit gebracht
345 werden. Die öffentliche Hand würde diese Flächen dann den Landwirt*innen im
346 zinsfreien Baurecht wieder zur Verfügung stellen. Bei der Abgabe im Baurecht
347 muss natürlich beachtet werden, wer zuvor auf diesem Land gelebt und gearbeitet
348 hat.

349 ***Demokratischer Vertrieb***

350 Die produzierten Güter müssen vom Landwirtschaftsbetrieb zu den
351 Konsument*innen oder zur weiterverarbeitenden Produktion kommen. Dieser Prozess
352 wird heute zu relevanten Teilen von den pseudodemokratischen Grossverteilern
353 Migros und Coop kontrolliert. Diese drücken seit Jahren die Preise, welche an
354 die Produzent*innen bezahlt werden müssen und kassieren dabei grosse Margen
355 ein. In unserer Vision sollte auch der Vertrieb von Produkten staatlich
356 organisiert und einer starken demokratischen Kontrolle unterstellt sein. Hier
357 werden die zuvor definierten Preise für Produkte an die Produzent*innen
358 eingehalten, die Abnahmegarantie umgesetzt, auf eine effiziente Verteilung der
359 Produkte im ganzen Land geachtet. Dabei wird auf gewisse regional
360 unterschiedliche Präferenzen der Konsument*innen und auf eine faire Verteilung
361 der verschiedenen Produkte Rücksicht genommen. Die Vertriebsstruktur plant
362 zudem, welche Produkte in welcher Menge aus dem Ausland importiert werden
363 müssen. Damit die inländischen Produkte nicht durch aufgrund tieferer
364 Fixkosten aus dem Ausland importierte Produkte konkurrenziert werden, werden
365 Importzölle erhoben, wo dies nötig ist. Ausserdem können Produkte unter dem
366 Produktionspreis abgegeben werden. Damit wird sichergestellt, dass alle Menschen
367 Zugang zu gesunden und ökologischen Nahrungsmitteln haben und dass auch
368 arbeitsintensive, aber sinnvolle Produkte hergestellt werden.

369 Die Landwirtschaft ist eine enorm wichtige Branche: Sie ist unabdingbar für die
370 Versorgung der Bevölkerung und befriedigt das Grundbedürfnis der Menschen nach
371 einer ausgewogenen Ernährung. Daneben übernimmt sie wichtige Aufgaben in den
372 Bereichen Umweltschutz und Landschaftspflege. Unsere sozialistische Vision einer
373 Landwirtschaft mit den drei genannten Pfeilern stellt sicher, dass weder
374 Menschen noch Natur ausgebeutet werden und wir die natürlichen Ressourcen
375 sorgfältig nutzen. Es ist an der Zeit für diesen Neustart!

376 [\[1\]](#) Forney, Buxtorf, 2018

377 [\[2\]](#) Diese Zahl berücksichtigt nur die in der Landwirtschaft Beschäftigten und

378 nicht die selbständigen Landwirt*innen.

379 [3] Agristat, Statistik der Schweizer Landwirtschaft, 2021: [https://www.sbv-
usp.ch/de/services/agristat-statistik-der-schweizer-landwirtschaft/](https://www.sbv-
380 usp.ch/de/services/agristat-statistik-der-schweizer-landwirtschaft/)

381 [4] Der Selbstversorgungsgrad gibt an, wieviel der inländischen Nachfrage nach
382 Nahrungsmittel durch Anbau und Produktion in der Schweiz gedeckt werden kann.

383 [5] Agrarbericht 2020, Selbstversorgungsgrad:
384 <https://www.agrarbericht.ch/de/markt/marktentwicklungen/selbstversorgungsgrad>

385 [6] Um diesem perversen System entgegenzuwirken, hatte die JUSO Schweiz die
386 «Spekulationsstopp-Initiative» lanciert.

387 [7] RTS, 40 ans d'évolution de l'agriculture suisse,
388 2019:[https://www.rts.ch/info/suisse/9826101-40-ans-devolution-de-lagriculture-
suisse.html](https://www.rts.ch/info/suisse/9826101-40-ans-devolution-de-lagriculture-
389 suisse.html)

390 [8] Uniterre, Manifeste des paysannes et paysans suisses pour un marché juste
391 et équitable, 2019: [https://uniterre.ch/fr/thematiques/paysans-paysannes-
mobilisez-vous-manifeste-pour-un-marche-ju](https://uniterre.ch/fr/thematiques/paysans-paysannes-
392 mobilisez-vous-manifeste-pour-un-marche-ju)

393 [9] In einem Oligopol beherrschen einige wenige Unternehmen den Markt und haben
394 dadurch einen grossen Einfluss auf die Preissetzung und die Produktionsweise.